
Marion Schardt-Sauer

ICE-STANDORT LIMBURG-SÜD AUF DEM ABSTELLGLEIS?

19.02.2026

SCHARDT-SAUER (FDP): LANDESREGIERUNG SCHAUT WEG!

Die Antwort der schwarz-roten Landesregierung um den zuständigen Verkehrsminister Kaweh Mansoori (SPD) auf die Kleine Anfrage zu den ICE-Kürzungen am Bahnhof Limburg-Süd liest sich für die Landtagsabgeordnete Marion Schardt-Sauer wie ein einziges Ausweichmanöver. Seit Dezember 2025 entfallen mehrere Direktverbindungen, darunter stark genutzte morgendliche und abendliche ICE-Züge Richtung Frankfurt, Köln und Düsseldorf. Stattdessen verkehren die Züge künftig systematisch von bzw. bis Köln Hbf – mit neuen Taktungen, Umstiegen und teilweise früheren oder späteren Abfahrtszeiten für Pendler.

„Statt Klartext bekommen wir Behördenprosa. Statt Einsatz für die Region erleben wir politisches Wegducken“, kritisiert die FDP-Politikerin die Antwort der Landesregierung auf ihre parlamentarische Initiative im Hessischen Landtag scharf. „So verteidigt man keinen Standort – so verwaltet man seinen Bedeutungsverlust.“

Die Landesregierung erklärt, sie habe keine eigenen Erkenntnisse zu den Gründen der Fahrplankürzungen, es handele sich um unternehmerische Entscheidungen der Bahn, und im Übrigen bleibe Limburg ja mit rund 30 ICE-Halten pro Tag „besonders gut angebunden“. Für Schardt-Sauer ist das ein Offenbarungseid. „Keine Erkenntnisse, keine Verantwortung, keine Initiative – das ist die Essenz dieser Antwort. Wer so argumentiert, hat innerlich schon aufgegeben.“

Besonders empört zeigt sich die Limburger Liberale darüber, dass die Auswirkungen auf einzelne Pendler nahezu beiläufig von SPD-Verkehrsminister Mansoori relativiert werden.

„Da wird vorgerechnet, wie wenige Fahrgäste täglich eine bestimmte Direktverbindung nutzen. Als ginge es um eine statistische Randnotiz. Für die Betroffenen ist das aber kein Zahlenspiel, sondern ihr Alltag, ihr Arbeitsplatz, ihre Familie.“ Infrastrukturpolitik nach dem Motto „Sind ja nur 15 Leute“ sei „an Arroganz kaum zu überbieten“.

Die Landesregierung übernehme nahezu wortgleich die Argumentation der Deutschen Bahn und erkläre die Änderungen zu einer Art betrieblicher Notwendigkeit. „Das ist nicht Kontrolle, das ist Durchreichen von Sprechzetteln. Hessen braucht eine Regierung, die gegenüber Berlin und der Bahn Druck macht – keine, die jede Entscheidung devot abnickt.“

Für die FDP-Abgeordnete ist klar: Es geht nicht um die bloße Anzahl von ICE-Halten, sondern um Qualität und Verlässlichkeit. „Was nützen 30 Halte am Tag, wenn die entscheidenden Verbindungen zu den entscheidenden Zeiten verschwinden? Pendler brauchen keine Hochglanzstatistik, sondern funktionierende Verbindungen und Züge.“

Auch bei den massiven Baustellenproblemen im Bundesnetz verweist das Land vor allem auf fehlende Zuständigkeiten. Schardt-Sauer hält dagegen: „Wer immer nur sagt, wofür er nicht zuständig ist, sollte sich fragen, wofür er eigentlich gewählt wurde. Führung heißt, sich einzumischen, Druck zu organisieren und Lösungen einzufordern – nicht, sich hinter Paragrafen zu verstecken.“

Limburg-Süd sei ein zentraler Standortfaktor für den gesamten Landkreis Limburg-Weilburg. „Wenn hier schleichend Verbindungen ausgedünnt werden, ist das ein Schlag ins Gesicht für unsere Region. Wer ländliche Räume stärken will, darf sie nicht beim Fernverkehr abhängen.“

Abschließend fordert Schardt-Sauer ein deutlich aktiveres Auftreten der Landesregierung: „Es reicht nicht, zuzuschauen und zu erklären, warum man nichts tun kann. Limburg braucht eine starke Stimme in Wiesbaden – keine Ausreden. Wir Liberale werden weiter Druck machen, bis klar ist: Limburg-Süd bleibt ein ICE-Standort mit Zukunft und wird nicht zum Opfer politischer Bequemlichkeit.“

[Kleine Anfrage und Antwort: Auswirkungen der Fahrplanänderungen der Deutschen Bahn AG zum Dezember 2025 auf den ICE-Haltepunkt Limburg-Süd](#)